Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

erscheint wöchentlich Nr. 277

14. April 1979

D 1870 CX

1.50 DM incl.6% Mwst.

die Tageszeitung ab 17. April täglich.

Elephantenklo vierzehntägig !

monatlich Frauenblatt *

jeden morgen VON UNTEN

MÜLLTONNE erklingt MONATLICH

stündlich FRIESENBLATT

ALTERNATIVPRESSE ERSCHEINT UNAUFHÖRLICH

RADIO QUERBEET sendet wenn's passt

GUTEN MORGEN alle Türen offen

Hongkong, 31. März (afp) A... zeitgenössisches Theaterstück ... ausländischen Autors seit der K...

die Tageszeitung

frankfurt 13. April (taz/reuters/afp/ max watts) Der 'Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten' (ID) erscheint seit 24.7.73 wöchentlich. Das Farbbandverliert Farbe aaah..

„Albrecht in die Leine"!

Rom, 1.April (afp) "Wir sind im wilden Westen", mit dieser Bemerkung kommentierte der italienische Verkehrsminister Luigi Preti den wohl dreistesten

297. Blatt Klappzeitung f. München

wie wir aus Frankfurt zuverlässig von unserem Freund Achim erfahren, wird der ID ab 13.April wöch-

Abonnieren am Kiosk

INFORMATIONSDIENST zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)

Berlin 17.April "die tageszeitung erscheint ab 17. April täglich. Sie braucht dringend Abonnenten, 1 Sportredakteur, Joghurts ohne Geschmack, Ideen,

PFLASTERSTRAND : heute Europapokal und der BREITNER hat nicht angerufen (21.45 h)

gelegentlich AUTONOMIE

REVOLVERBLATT

Berlin, 13. April Wallraff hat sich beim Umzug der Tageszeitung in die Wattstraße als Möbelpacker eingeschlichen und bewirbt sich jetzt als Telefonist, nachdem er aus Sympathie für die TAZ sein Inkognito vorzeitig gelüftet hatte.

Maputo, 1. April (afp)- Zehn Personen, darunter zwei schwarze -Rhodesier und ein Portugiese, sind am Samstag in der

ständig STADTZEITUNGEN

Libération

Paris, 14 avril. Le Service d'information des nouvelles supprimées (ID) vient de paraître hébdomadaire à partir du 13.avril, mon dieu!

LOTTA CONTINUA

roma aprile il incredibile servicio d' informatione tedesco francofortesco ID intelligente ha scritto : in dieci giorni scon- lz intelligente!

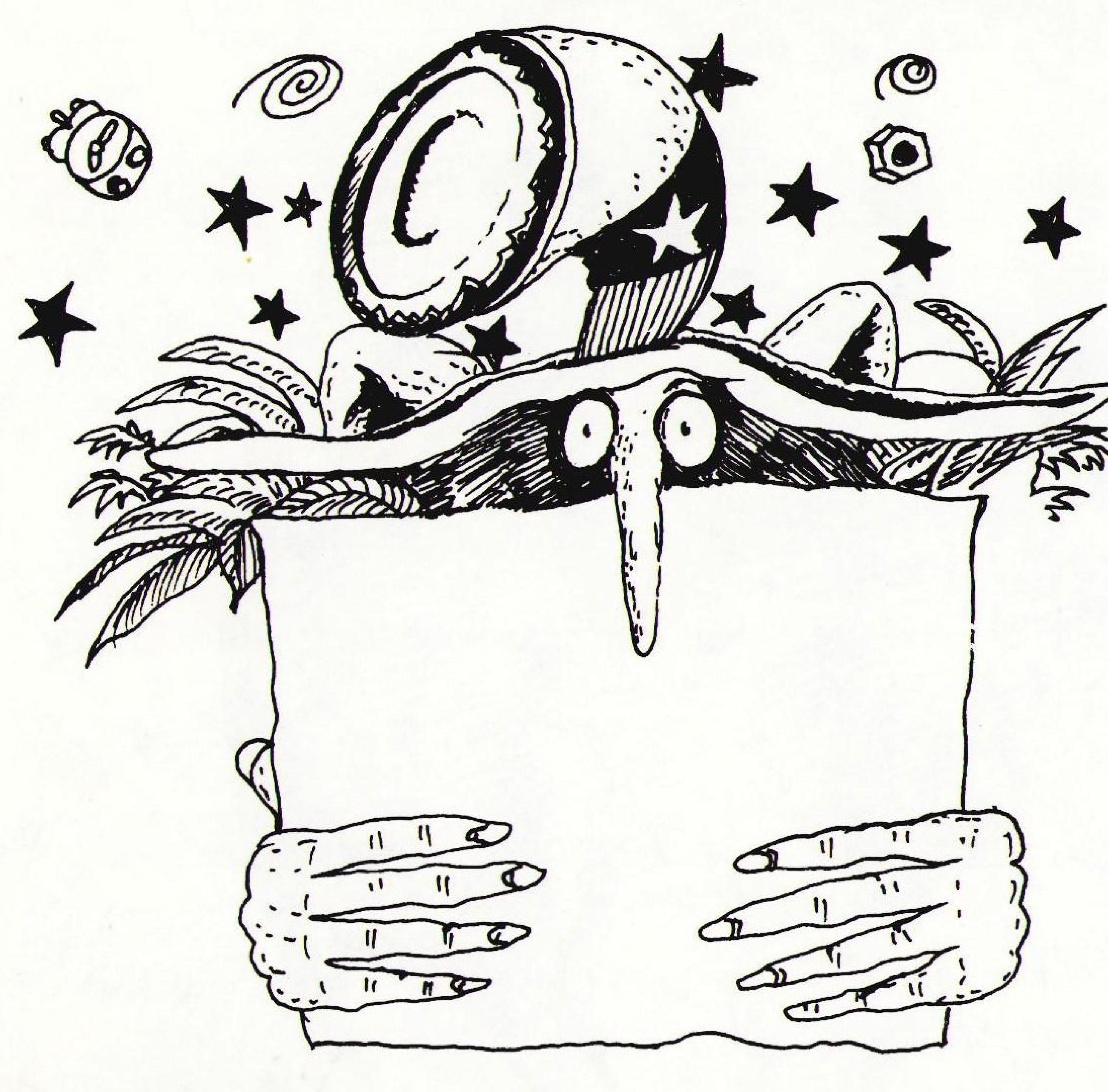
Beijing 30.3. Unser Korrespondent schreibt von der Mauer der Demokratie: „Schwer, sich vorzustellen, was außerhalb Chinas so passiert."

Niemand wird Idi Amin nachtrauern

Moskau, 28. März (afp) Zehn sowjetische Maler kündigten am Mittwoch in Moskau ihre Absicht an, am 18. und 19. April eine Reihe von "freien" Ausstel-

Ab Dienstag, den 17. April neunzehnhundertneunundsiebzig, erscheint die erste linksradikale TAGESZEITUNG seit Bestehen der Bundesrepublik Täglich.

Wahnsinn und Vernunft gehen Hand in Hand
Hier malt der Teufel ein paar Daten an die Wand



Erscheinungstermin: 17.4.79

Startauflage: 73 000

„Die Tageszeitung" Redaktionen:

Zentralredaktion: Berlin

Zentralredaktion: 1 Berlin 65, Wattstr. 11/12,
Tel.: (030) 463 10 75/6/7/8/9

3 Hannover, Rambergstr. 17
Tel.: (0511) 31 70 05/6

5 Köln 30, Glasstr. 80
Tel.: (0221) 52 05 79

6 Frankfurt, Hamburger Allee 45
Tel.: (0611) 77 89 41 (Büro)
70 56 59/69 (Redaktion)

7 Stuttgart, Falkertstr. 71/1
Tel.: (0711) 61 75 59

Preis: im Einzelverkauf 1,- Mark
Redaktionsschluß: 14 Uhr

Fernschreiberanschrift: Telex: 182791 Comp
Agenturen: AFP, Reuter, Tanjug, IPS
Druck: Die Zeitung wird in Hannover und Frankfurt gedruckt.

Vertrieb: Postzeitungsvertrieb, Kioskvertrieb, Handvertrieb

a. Die Abonnenten finden ihre Zeitung täglich im Briefkasten
b. Eine nationale Vertriebsgesellschaft beliefert alle wichtigen Kioske und Bahnhofsbuchhandlungen in:

Bochum, Duisburg, Essen, Hagen, Solingen, Wuppertal, Köln, Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Mannheim, Sindelfingen, Hamburg, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Remscheid, Velbert, Frankfurt, Offenbach, Heidelberg, Stuttgart, Hannover, Kiel, Berlin; **im Bahnhofsbuchhandel:** Karlsruhe, München, Offenburg, Nürnberg.

c. In Münster, Gießen, Marburg, Tübingen, Freiburg, Göttingen, und einigen anderen Städten wird die TAZ in den ersten 3 Wochen durch Handverkauf vertrieben; danach sind wir auch dort am Kiosk.

Die TAZ ist noch nicht das, was sie einmal werden soll. Ihre Entwicklung ist nicht nur von unseren eigenen Anstrengungen abhängig, sondern auch von eurer aller Mitarbeit.

Überleben kann die TAZ erst dann, wenn mindestens 10 000 sie abonniert haben. Die Entscheidung, die TAZ zu abonnieren, ist die Entscheidung, ihr eine Chance zu geben.

TAZ-Abo: das bekannte Unwesen

Also: Ich abonnier **die Tageszeitung** zum fortlaufenden Bezug, jedoch mindestens für drei Monate. Die Zahlungsweise soll erfolgen:

– monatlich 20,- DM bitte n u r über Einzugsermächtigung

– vierteljährlich 59,- DM
– halbjährlich 110,- DM
– jährlich 210,- DM

Das Abonnement verlängert sich um den angegebenen Zeitraum, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name ....

Straße ....

PLZ/Ort ....

Datum u. Unterschrift ....

1) O Die Abonnementsgebühren von 59,- 110,- 210,- DM habe ich auf das Konto beim Postscheckamt Berlin-W. 1669-102, oder bei der Berliner Bank 0290 3733 00 – „Freunde der alternativen Tageszeitung e.V." überwiesen.

2) O Einziehungsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden. Die Ermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Name des Kontoinhabers ....

Kontonummer ....

Geldinstitut ....

Bankleitzahl (für Kenner BLZ) ....

Datum und Unterschrift ....

Die Tageszeitung sucht Handverkäufer für Frankfurt, Montag bis Freitag 8 - 11 Uhr und 2o- 23 Uhr
Knete: dreißig Prozent der verkauften Exemplare (* 3o Pf.) mindestens 1o Mark pro Stunde. Tel.: 778941 / 7o5659.

EIN LESERBRIEF

Genossen!
Ich schreib selten „Leserbriefe", aber hier ist es angesagt. Im ID 274 vom 24. 3. 79 druckt ihr ne Erklärung von „militanten Gruppen" ab, die „Einrichtungen wie SSPD-Büros und Banken" angegriffen hatten.
Eure Vor- bzw. Nachsätze lassen mir so langsam klar werden, warum die Folterfreaks Euch als Teil der Counterinsurgency-maschinerie gekennzeichnet haben.
Ihr druckt das Ding also ab, weil gelegentlich behauptet wird, ... usw. Was soll das? Ich dachte bisher immer, Ihr druckt unterbliebene Nachrichten ab und seht dann darüber ne Möglichkeit für Auseinandersetzung innerhalb UNSERER Reihen über alle hier möglichen und praktizierten Ansätze zu Widerstand und Befreiung. Na ja, kommt noch ärger:
So, wie Ihr das bringt, „Ob allerdings jemandem der Zusammenhang zwischen dem Ziel der Aktion und den gewählten Objekten einleuchtet, steht auf einem anderen Blatt", zeigt sich, wie Ihr hintenrum versucht, Eure Desorientiertheit zu verallgemeinern und uns, — den Lesern — unterzujubeln. Was heißt denn hier „gewähltes Objekt"? Supermarkt, oder wie. Dort kann man frei wählen, was? Und wenn EUCH der Zusammenhang nicht einleuchtet, heißt das a) nicht, daß der nicht klar ist, und b) daß ihr euch vielleicht mal auf den Arsch setzen solltet um zu überlegen. Mir ist der Zusammenhang zwischen SPD / Banken und Folter und Vernichtung klar.
Ganz hart dann der Nachsatz „Ein HH-Leser hätte . . . Kaufhausbrandstiftung . . . Verkäuferinnen etc."
Das ist natürlich genau Bullenpolitik. Informiert euch gefälligst, bevor Ihr son Dreck ablaßt.
Ein, oder zwei Tage nach den Aktionen gegen die SSPD-Büros sind tagsüber in sechs HH-Kaufhäusern Brandsätze oder so was gelegt worden, die beiden Aktionen haben politisch nichts miteinander zu tun. Die Kaufhausbrandstiftung ist, wenn nicht selber von den Bullen, jedenfalls Bullenpolitik, und reiht sich nahtlos in die seit drei Wochen laufende Pressekampagne über neue „Selbstmordpläne" von Gefangenen aus der RAF, vor allem Günter Sonnenberg und Siegfried Haag, ein. Hier in der Presse wurde massiv versucht, beide Aktionen zusammenzumischen: Tenor wie immer: der Terror kann jeden treffen.
Diesen Dreck verbreitet ihr weiter. Arschlöcher. Ihr seid auf dem Weg, nen Informationsdienst zur Verfälschung von Nachrichten zu werden. Mein Abo werde ich jedenfalls streichen. Und: natürlich schreibe ich anonym, bei euch kann man ja nicht wissen!
Veröffentlicht das Ding gefälligst in Nr. 275 und stellt den Sachverhalt klar!

KLARSTELLUNG

Es ist mir unbegreiflich, wie du jemanden an der Anrede als Genossen bezeichnen kannst, von dem du befürchtest, denunziert zu werden. Wie dem auch sei, der Vorwurf, "objektiv" oder auch gar bewußt für die Gegenseite zu arbeiten ist eine klassische Angelegenheit. Der Vorwurf, der Counter-Insurgency-Maschine (oder auch Maschinerie, macht sich in deinem Jargon besser) in die Hände zu spielen, ist ein vielgestaltiges Phantom im dualistischen Weltbild von Leuten, die ihre Politik für die einzig richtige und ihren Widerstand für den einzig adäquaten halten, dafür aber alles, was nur einen Jota davon abweicht, als Versuch wahrnehmen, ihre Politik auszumerzen und zu "liquidieren". Das schützt dich zumindest vor einem: Vor Zweifel und vor Kritik.

Du schreibst "Ich dachte immer, ihr druckt unterbliebene Nachrichten ab und seht darüber ne Möglichkeit für Auseinandersetzung innerhalb UNSERER Reihen über alle hier möglichen und praktizierte Formen von Widerstand und Befreiung." Wenn sich der ID irgendwann entscheiden sollte, ein Informationsdienst für alle unterbliebenen Nachrichten zu werden, dann wird er es in seinem Titelkopf entsprechend kenntlich machen. Was Zeitungsmachen auch immer heißen mag: es ist immer auch eine Entscheidung gegen bestimmte Artikel, eine Entscheidung für einen Nichtabdruck bestimmter Sachen. Und: wenn diese Erklärung nicht abgedruckt worden wäre, hättest du gesagt: das ist Zensur. Aber die Vorstellung, wie der ID aussehen würde, wenn du ihn machen würdest, treibt mir Angstschweiß auf die Stirn; ich darf gar nicht weiterdenken.

Womit wir bei "unseren Reihen" wären. Solch ein Begriff, gewissermaßen als Grenzstein zwischen Integration und Ausgrenzung, interessiert mich nicht mehr. Wenn ich allerdings versuchen würde, bei einigen militanten oder bewaffneten Aktionen der letzten Jahre über Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer kollektiven Identität von Linken zu entscheiden, würde ich in vielen Fällen zu keiner eindeutigen Antwort mehr kommen. Sondern sage selbst: "Arschlöcher". Ich habe aber das Gefühl, daß dieser Begriff "unsere Reihen" bei dir noch mehr die Definition von Gemeinsamkeiten bedeutet. Ich glaube, bei dir funktioniert das eher als magisches Schweigegebot, als moralisches Druckmittel. Wer zu "unseren Reihen" gehört, stellt über bestimmte Dinge keine Fragen mehr. Dem ist alles klar, der kennt keine Desorientiertheit. Er weiß über den politischen Zusammenhang bestimmter Aktionen Bescheid, die du dir in deinem Leserbrief ersparst zu benennen oder zu erklären.

Das hätte deinem Brief wenigstens einen Sinn gegeben, der über den einer reinen Anpisserei hinausgeht. Andererseits war das aber auch wiederum nicht nötig, da sich eine solche Erklärung von Zusammenhängen wohl wenig unterschieden hätte von dem, was mit gleichbleibenden Formulierungen im zweiten Absatz jeder RZ-Erklärung (nach "Heute haben wir.. . .) als Imperialismusanalyse zu finden ist, und von aufmerksamen Beobachtern unseres Papierkorbes zu gegebener Zeit zu einer auf 20 Bände veranschlagten Enzyklopädie des "Immerwiederkehrenden" verarbeitet werden wird.

Die letzte Kritik lasse ich gelten. Es ist immer gut und besser sich zu vergewissern, bevor man etwas veröffentlicht. Allerdings haben die Pioniere des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik einmal gesagt, daß jede Aktion für sich selbst spricht. Solange der ID jedoch die Erklärungen von Aktionisten benötigt um zu erkennen, worin sich ihre Aktionen von denen unterscheiden, die sie als Counterinsurgency-Aktionen brandmarken, wird er sich auch weiterhin erlauben, den Zusammenhang der Aktionen und der Zielobjekte infrage zu stellen.

Lukas, ID

QUERGEFUNKT IN HANNOVER

HANNOVER
31. März '79

Gerade rechtzeitig zum großen Gorleben-Treff hat Radio Regenbogen seinen unregelmäßigen Betrieb aufgenommen.
Vorbereitet waren aktuelle Meldungen, insbesondere zur Reaktor-Katastrophe in Harrisburg, Reportagen vom und um den Treck, Beiträge von Frauengruppen, einer über das UJZ (Unabhängige Jugendzentrum) Kornstraße, das Göttinger Spitzelinterview mit dem LKA-Chef Burkhard und viel Musik.

Die meisten Beiträge wurden gesendet und waren sogar zu verstehen. Die Bastler, die gegen die Technokraten angetreten waren, gerieten jedoch mit dem NDR ins Gehege. Merkwürdigerweise hatte gerade an diesem Tag der NDR einen Übertragungswagen auf eben dieser Frequenz ab 10 Uhr senden lassen. Eigentlich stehen dem Rundfunk etliche andere Frequenzen auch außerhalb des Rundfunkbandes für die Ü-Wagen zur Verfügung.

Der NDR-Wagen hat Radio Regenbogen erheblich gestört, so daß wir es wohl besser Radio Knatterfunk genannt hätten. Als wir dann anriefen und fragten, warum sie denn heute auf dieser unüblichen Frequenz senden würden, gab der verantwortliche Redakteur im Ü-Wagen die Antwort, er wisse gar nichts davon, daß er die Kollegen von Radio Regenbogen störe; aber sie hätten die ganze Zeit die Übertragung des Ü-Wagens gestört, so daß die Techniker nach langen Stunden Mühe durchzukommen dann schließlich die Frequenz hätten wechseln müssen. Da hatten wir aber schon aufgehört. – Eine sehr softe Art, den freien Sender zu verhindern.

Obwohl wir notgedrungen konspirativ arbeiten mußten, also genau andersrum wie wir es wollen, war es toll, so viele (liebe) Leute haben uns mit Musik und Kassetten und sonstwie geholfen. Uns hat es viel Spaß gemacht und wir machen weiter!

DAMPFRADIO GEGEN ATOMRADIO !

Radio Regenbogen

Wer auch was machen will, sei empfohlen:

1.) Harry Koch Transistorsender; 2.) Applikation von Valvo, RCA; 3.) AUTONOMIE 10 – Vorsicht Printfehler!

Nebenschauplatz des Frankfurter Sternmarsches am Samstag, 7. April: Zwei Teilnehmer bei der Uraufführung des ATOMTANGOS



URTEIL IM PRESSEPROZESS GEGEN DE SCHNÜSS

BONN / MÄRZ

„Wehret den Anfängen . . . " (Richter Hasse)

Am Freitag den 16. 3. fällte der Bonner Amtsrichter das Urteil gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Stattzeitung ‚De Schnüss', im Namen des Volkes soll der Journalist 600 DM Strafe bezahlen und für die Prozeßkosten von ca. 20.000 DM geradestehen. Das Volk, in dessen Name das Urteil geschrieben wurde, verließ aus Protestgegen das Urteil und die seltsame Begründung des Richters Hasse den Saal, zuvor hatte der Verteidiger, RA Schick, wütend und türenschlagend, seiner Meinung über den Prozeß Ausdruck verliehen.

Wie im ID 268 berichtet, , kam es zu dem Prozeß, nachdem ein paar Polizisten das Bonner Blatt wegen Verleumdung und Beleidigung des Ansehens der Polizei in der Öffentlichkeit verklagt hatten. Im Verlauf des Prozesses stellte sich heraus, daß die Behauptungen von De Schnüss alle der Wahrheit entsprachen oder – bei einer– nicht zu widerlegen waren. Richter Hasse drückte das so aus: „Der tatsächliche Kern der Aussagen ist zwar erwiesen, aber sie stellen in ihrer Aussage eine einseitige tendenziöse Verfälschung dar!" Also es stimmt, WAS berichtet wurde, aber das WIE ist nicht so schön. Und obwohl über Zwanzig Zeugen, darunter ein Kölner Richter, unter Eid die Härte des Polizeieinsatzes bestätigten, verwahrte sich der Richter dagegen, diese Vorgehensweise als brutal zu bezeichnen. Hasse: „Die gerade dem Knabenalter entwachsenen Polizisten sind vielleicht unkontrolliert, man denke an eine Slapstick-Komödie, vorgegangen", man könnte vielleicht Begriffe wie „Tappsigkeit, Ungeschicklichkeit oder Übereifer" für den Polizeieinsatz verwenden, doch diese Beamten mit „Bullen oder Henkersknechten" zu titulieren, sei falsch. Dies hatte auch niemand getan, doch unterstellte der Staatsanwalt der Zeitung und auch den meisten Zeugen – er nannte sie ‚Symphatisanten' – eine geistige Haftung, die eben in der Polizei – Bullen sieht. Solche Unterstellungen resultierten aus der Überzeugung, daß nicht sein kann, was nicht sein darf – daß ein deutscher Beamter ja gar nicht unrechtens handeln und z. B. Verhaftete gegen ein Auto schlagen kann. Aus einer solchen geistigen Haltung heraus muß natürlich ein Artikel über polizeiliche Übergriffe „einseitig und tendenziös" sein.

Ein weiterer Höhepunkt in der Urteilsbegründung stellte die Behauptung dar, „die Schöffen hätten nur nach selbstquäleri schen Zweifeln und nach vielen Gründen der Beratung" ihr Urteil fällen können, obwohl sie fast sich selbst wegen „Selbstbefangenheit" abgelehnt hätten!

Denn aufgrund der massiven Presseberichterstattung über den Prozeß und seineAuswirkungen auf die bundesdeutsche Pressefreiheit (Die Süddeutsche, FR, Vorwärts, etc. hatten ausführlich darüber berichtet) fühlte sich das Gericht so massiv beeinfl ußt, daß es fast nicht mehr „unabhängig entscheiden" konnte.

Diese Pressekampagne, besonders von „dem Medium der regierenden Partei Deutschlands" (gemeint ist der Vorwärts), aber auch das Info Nr. 6 des Bundes Presserates, sei zwar unter der Parole des Eintretens für die Pressefreiheit geführt worden, diene aber in Wahrheit dazu, Straftaten zu vertuschen.

Merke: a) Sollte die Presse sich nicht mehr kritisch mit brutalen Polizeieinsätzen auseinandersetzen, auch der journalistische Stil der Ironie ist zu vermeiden, will man ein Verleumdungsverfahren umgehen. Auf diese Weise wird Pressefreiheit wieder eine Frage des guten Geschmacks und das fehlt doch nun wirklich in unseren deutschen Blättern.

b) sollte mal irgendein Provinzkritzler, in Unkenntnis von Punkt a) doch die Polizei in ein kritisches Licht setzen und erhält der dann ein Verfahren, dann bloß nicht über diesen Prozeß berichten, denn die Schöffen könnten womöglich negativ beeinflußt werden, und den Journalisten, man mag gar nicht daran denken, freisprechen.

Macht dieses Urteil Schule, so plaziert sich nicht nur die Schere im Kopf, sondern eine Beschneidung der journalistischen Berichterstattung.

Macht dieses Urteil Schule, so sind der opportunistischen Hofberichterstattung Tür und Tor geöffnet, kritischer Journalismus verweilt inzwischen auf der Anklagebank. Damit dies nicht passiert, damit De Schnüss nicht mundtod gemacht wird, geht sie in Berufung.

Spendenkonto: 100 162 460, Sparkasse Bonn — 1. Mai-Prozeß Kontakt: De Schnüss, 53 Bonn, Wilhelmstr. 3, Tel.: 02221 / 6 65 07 66

ERKLÄRUNG DER TAUSENDFÜSSLER

SIEGEN 5. April Die Idee, daß sich alle Menschen, die sich in unserem Staate unterdrückt, ausgebeutet, verarscht und unwohl fühlen, aufmachen zu einem großen Massenspaziergang, bekommt immer realere Grundlagen! Wer kann wohl abschätzen, wie viele Menschen es hier gibt, denen es stinkt, daß sie überall eingeengt weden, daß ein paar Profitgeier und Fortschrittheinis unterstützt von „unseren" gewählten „Volksverdrehern" unsere Umwelt zerstören, unser Leben, unsere Gesundheit und das Leben und die Gesundheit unserer ganzen Nachkommenschaft auf's Spiel setzen? Wie viele Menschen gibt es hier wohl, die sich gegen die ihnen hier auferlegten Zwänge auch effektiv zu Wehr setzen, die versuchen ein Leben zu führen, das in etwa ihren Vorstellungn entspricht? Sicher gibt es viele Gruppen und Grüppchen hier, die irgendetwas machen, aber nur allzuoft müssen die einzelnen Gruppen sich isoliert und alleingelassen vorkommen, weil kein oder kaum Austausch mit anderen stattfindet. Und zu guter Letzt, wo sind die vielen Menschen, denen es ganz einfach nur stinkt, die sich kaputtgemacht fühlen nd noch keinen realisierbaren Ausweg kennen?

Im Februar '79 haben sich schon mal ein paar Leute getroffen, die der Ansicht sind, daß es endlich Zeit wird, mal die „Massen" zu mobilisieren, daß die sich aufmachen, um sich aus allen Ecken Deutschlands zusammenfinden. Etwa Anfang September soll's dann losgehen: In vier größeren Städten um Bonn wollen wir uns treffen, um so aus allen vier Himmelsrichtungen kommend auf die Hundesraubstadt zuzumarschieren und da den „gewählten Volksverdrehern" auch mal den Teil „Ihres" Volkes zu zeigen, von dem sie nicht unbedingt gewählt worden sind.

Unser Marsch soll aber vor allem der Kommunikation, Mitteilung, Freude dienen. Jeder, der es noch nicht mitgekriegt hat, was wir vorhaben, wird noch mitgenommen. Wir wollen zusammen leben, arbeiten, Spaß haben... Wenn wir uns in Bonn gezeigt haen, suchen wir uns ein schönes Plätzchen im Wald aus, irgendwo, um da noch ein paar Tage zusammenzusein. Aber... um dieses Vorhaben auch zu verwirklichen, muß noch viel geschehen. Zuerst einmal ist jeder aufgefordert, sich irgendwie dazu zu äußern und seine Vorstellungen einzubringen. Kontakte sind unheimlich wichtig! Außerdem besteht der Vorschlag, in Abständen von etwa 1 Monat je ein Fest zu veranstalten. Auch die „Freie Presse" hier kann einen guten Beitrag zum Gelingen liefern, indem sie alles, was sie unter dem Stichwort „TAUSENDFÜSSLER" erreicht, egal von wem es kommt, abdruckt.

Macht euch auf! Zusammen haben wir Tausend(e) Füße, Hände, Augen, Ohren, Münder!!! **Kontakt: Ch.&S., Weidenauer Str. 185, 5900 Siegen 21** und gleich noch das neueste Tausendfüßler-Info:

Am 21.4.79 ist in Siegen-Kreuztal ein Fest mit Klaus dem Geiger und vielen anderen Straßenmusikern. Da wird auch nochmal über den Marsch geredet und Schlafgelegenheiten gibts auch und natürlich viel Spaß. Am besten kommt mensch da hin (per Auto) wenn mensch die AB-Abfahrt Siegen Eiserfeld nimmt, Richtung Stadtmitte, auf der B 54 bis Kreuztal (immer geradeaus) in der Moltkestraße, die geht von der B 54 rechts ab, ist dann die Otto-Freak-Halle (eigentlich Otto Flick). Kontakttelefon: 0271 / 82471. So das wärs!! Bis dann, ciao!

KÖNNTE AM 27. MÄRZ GEWESEN SEIN, ODER AM TAG DAVOR ODER DANACH!

FRANKFURT März 1979 An einem Tag — weder nach Sonne noch nach Regen aussehend — willst du um die Mittagszeit nach Hause. Deine Stimmung ist schon seit Tagen äußerst getrübt.

Ziehst ordnungsgemäß deinen Fahrschein, steigst nach kurzer Wartezeit in die Linie 15. Da sitzen neben einigen Fahrgästen auch zwei Jugendliche mit Parka — normalaussehend — in der Bahn.

Deine Gedanken schweifen; Beziehungskram, könnte man/frau nicht was Schönes doch noch zusammen machen? Arbeitsplatz, diese und jene Ansprüche über ihn — vieles ungelöst, problematisch. Dann das Gefühl — sie unterhalten sich auch über dich! Flüsternd — unverständlich. Deine Haltestelle kommt — alle Einkaufstüten gerafft, stehst du sehr spät auf. Auch die zwei Mitfahrer, und lassen dich vor ihnen aussteigen. Noch ein paar Meter, dann erst mal was essen, es ist ja Mittagszeit und dein Magen hohl. Nein, halt noch schnell zur Sparkasse.

Da stehen sie — unentschlossen — einen Schritt auf dich zu — „ob sie was wissen wollen?". Und schon geht es nur noch blitzschnell. Groß, breit hat er dich am Revers vom Trenchcoat und am Hals. „Du Kommunistensau, deinen Stern haben wir", ein Ruck und ein Krachen und er ist ab. Fassungslos stehst du da, sie gehen weg. Zitternd bis in die letzte Körperfaser siehst du ihnen nach. Der eine dreht sich um. Macht Bewegungen, die „na komm schon, ich mach dich klein" bedeuten und weitere Beschimpfungen „Anarchistenschwein" usw., lähmen.

Du stehst allein auf dem Platz und fühlst dich auch so, völlig einsam, hilflos; obwohl hinter dir der Verkehr rauscht.

Angst und nichts tun könnend, gehst du in die Bank. Zitternd und heulend nach Hause.

Eine halbe Stunde später sitze ich mit einem Freund aus der Wohngemeinschaft zusammen auf dem Polizeirevier. Das Hungergefühl im Magen ist ein völlig anderes geworden. Ich erstatte Anzeige. Ihm, dem Freund, wäre das nicht passiert. Es ist nicht nur die Hilflosigkeit dieser Sache gegenüber, die mich fertig macht, sondern auch mal wieder die Erkenntnis, es ist mir als Frau passiert und wird vielen Frauen, die einzeln gehen, auch passieren.

DER KNAST IST FÜR JEDEN PERSÖNLICHKEITSZERSTÖREND

BERLIN 2. April *Klaus Witt, 1000 Berlin 27, Seidelstraße 39, JVA, schreibt:*

„Ich lese den Informationsdienst zwar nicht regelmäßig (ich muß ihn mir hier im Knast von jemandem besorgen, der ihn geschickt bekommt) aber wenn ich ihn lese, kotzt es mich immer wieder aufs neue an, daß für euch anscheinend nur der aus politischen Motiven Inhaftierte von Interesse ist. Meint ihr denn, nur für diese Leute ist der Knast persönlichkeitszerstörend? Der Knast hat nur e i n Ziel, und das ist die Persönlichkeit eines „jeden" Inhaftierten zu zerstören. Meine Persönlichkeit konnten diese Schweine bis

jetzt noch nicht in Arsch machen, aber sie haben aus mir einen Menschen gemacht, der innerlich total verroht ist und nur noch ein menschliches Gefühl hat und das ist der Haß.

Ich bin ein Ganove, der draußen mit der Knarre in der Hand Raubüberfälle gemacht hat und das nicht aus politischen Motiven, ich habe auch kein Marx oder Engels gelesen, trotzdem habe ich gelernt, politisch zu denken, weil ich gewisse Erfahrungen, die ich auf der Straße und im Dreck gemacht habe, gelernt habe zu verarbeiten.
Vielleicht kennt ihr jemanden, der sich darüber mit mir auseinandersetzen will! Auf Mitleid und intelektuelle Sprüche scheiße ich!
Gruß Klaus"

HERBERT SOFFELS LEBEN IST NUR ZU RETTEN, WENN ER SOFORT ENTLASSEN WIRD

HAMBURG 6. APRIL *Pressemitteilung von Birgit Soffel, Keplerstraße 30, 2000 Hamburg 50:*

„Am 4. April 1979 ist Herbert Soffel in das Knastkrankenhaus nach Kassel verlegt worden. Dr. Schwedes (Gerichtsmediziner in in Frankfurt) hat kurz vorher bei ihm einen rapiden Abfall der Hämoglobin-Werte im Blut diagnostiziert, was möglicherweise auf schwere innere Blutungen schließen läßt.
Daraufhin trat Fidora (von der Staatsschutzkammer Frankfurt) die Entscheidung, Herbert nach Kassel zu verlegen. Herbert ist gegen seinen Willen dorthin verlegt worden. Seit Monaten kämpft er darum, in einem Krankenhaus seiner Wahl untersucht und behandelt zu werden.
Um gegen seine zwangsweise Verlegung zu protestieren, , ist Herbert am 4. 4. 79 in einen Hungerstreik getreten. Alle Anträge seiner Verteidiger, Herbert in einem Krankenhaus seiner Wahl untersuchen zu lassen, sind bisher erfolglos geblieben.
Herberts Leben kann nur gerettet werden, wenn er sofort aus der Haft entlassen wird. Seit 1975 ist er mehrfach ärztlich untersucht worden. Mehrere Gutachter sind unabhängig voneinander zu dem Ergebnis gekommen, daß Herbert haftunfähig ist.
Ähnliche Symptome (nicht mehr essen können, Konzentrationsschwierigkeiten usw.) treten auch bei anderen Gefangenen auf; Werner Hoppe mußte Anfang Februar deswegen Haftunterbrechung bekommen. Nur wenn auch bei Herbert die Ursachen seiner lebensbedrohlichen Krankheit beseitigt werden — die Isolationshaft, der politische Gefangene ausgesetzt sind — kann eine medizinische Behandlung vielleicht noch Erfolg haben.
Schreibt deshalb Protestbriefe an die 23. Strafkammer beim Landgericht Frankfurt, Postfach, 6 Frankfurt a. M. und fordert die sofortige Verlegung in ein Krankenhaus seiner Wahl und seine sofortige Freilassung."
Diese Forderung ist in einer Resolution enthalten, die am 5. 4. verabschiedet worden ist von: den Besetzern der Petri-Kirche in Hamburg, der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Gefangenenhilfe Bremen, Gruppe autonomer Linker Altona, Anarchistische Jugend Deutschlands, Anarchistische Hilfe, Gefangenenselbstinitiative Hamburg.

Um die Forderung nach sofortiger Freilassung von Herbert Soffel zu unterstützen, sind die Gefangenen Lutz Taufer, Fruehauf, Hanisch und Wedekin am Freitag den 30. 3. in Hungerstreik getreten. In einer Erklärung zum Hungerstreik schreibt Dieter Wedekin

„. . . Nach wiederholten Nierenkoliken wurde Herbert schon einmal im November 1978 nach Kassel gebracht und dort nach seiner Auskunft mißhandelt und drei Tage in der „camera silence" total isoliert. Diese totale Isolation hat sich dann auch im Gesundheitszustand von Herbert niedergeschlagen, sein Gesundheitszustand verschlechterte sich rapide!
Nachdem seine Blase durch die fortgeschrittene Krankheitsentwicklung kurz vor dem Platzen stand, d. h. bis zum Bauchnabel hinauf fühlbar war, wurde er mit einem schmutzigen Katheter kathetisiert. Dadurch, daß sich sein Gesundheitszustand nach der letzten Einlieferung n ach Kassel noch wesentlich verschlechtert hat, kommt die Verlegung einem Todesurteil gleich (damals im Herbst vor der Einlieferung nach Kassel wog er noch 65 Kilo, heute jedoch nur noch 53 Kilo, bei einer Größe von 1.82 Meter, wäre das Normalgewicht 74 Kilo . . .
. . . Herbert war als Zeuge im Februar im Verfahren gegen mich geladen, ersagte mir selber folgendes zum Gesundheitszustand: „daß ichs einfach nicht schaffe, jeden Tag in die Freistunde zu gehen, und wenn, nur indem ich mich „dope" (Schmerzmittel). Und natürlich schaff ichs nicht da oben eine Stunde zu laufen, wahrscheinlich durch die starken Schmerzen in den Nieren kann ich das eine Bein kaum noch ohne starke Anstrengungen bewegen. Ich wiege so um die 53 - 55 Kilo. Das Gewicht halte ich aber auch nur, indem ich DEN GANZEN TAG über versuche, kalorienreiches (süßes) Zeug im Mund zergehen zu lassen (Ovomaltine, Kraftnahrung pp) feste Sachen, oder zuviel auf einmal kotz ich raus. Wenn ich mit der Selbsttherapie aufhören würde, wär ich in ein paar Tagen futsch / 2-3 Magengeschwüre, Dickdarmgeschwüre — Nierenentzündung? ! Blutung — also ständiger Blutverlust — starke Nieren- und Kopfschmerzen, Herzrhytmusstörungen, Blutdruckschwankungen innerhalb von Minuten von 80/60 zu 200/100. Therapie ist die Behandlung von Symptomen, also werde ich mit Schmerzmitteln am Leben erhalten, also was gegen die Übelkeit, für den Kreislauf, , usw. mit Wirkung!!! Diese ganzen Drogen wirken auf die Dauer aber zerstörerisch. Das merke ich im Kopf, werde immer lethargischer, unkonzentrierter, schwach, immer ne riesen Anstrengung aus dem Bett raus, und was arbeiten.
So zu den Ursachen: hab keine Ahnung, hab das mal als Isosyndrom bestimmt. Ist auch signifikant, daß der selbe Allgemeinzustand bei ner Menge Gefangener nach langer Iso prognostiziert wird. Die größte Gefahr liegt darin, daß ich plötzlich ne Krise (also nen Schock, ne Überausschüttung harnpflichtiger Stoffe in den Blutkreislauf (= Blutvergiftung) bekomme. Die werd ich kaum überstehen können . . . und die Scheiße kann jeden Tag kommen!!"
. . . In der Zeit, in der sich Herbert in Haft befindet, wurde er bisher einschließlich der Verschubung nach Kassel 16 mal in verschiedene Knäste in Hessen gebracht, jedesmal aus allen emotionalen Bezügen herausgerissen, jedesmal wurde die soziale Interaktion und Integration gestört oder vorsätzlich verhindert.
Diese Haftbedingungen sind mörderisch, die psychosomatischen Krankheitssymptome nur ein Teil der Erscheinungsform der fortschreitenden Zerstörung eines Menschen . . .

SCHIKANEN.... UND ISOLATION

WIEN 4. April '79 *Waltraud Boock, eine deutsche Gefangene aus der RAF (siehe auch ID 268), schrieb aus dem Wiener Gefängnis:*

(...) Seit Januar werden mal wieder sämtliche Alternativzeitungen zurückgehalten. Anhaltebeschlüsse gibts keine. Zu Anfang haben sie behauptet, daß sie sämtliche Zeitungen, die zugeschickt werden, auch aushändigen, was allerdings sehr unglaubwürdig ist. Ich habe wie immer eine Beschwerde gemacht und mit dem Anstaltspfarrer gesprochen. Aber zu irgendwelchen Reaktionen haben sie sich bisher noch nicht herabgelassen. Den 'Stern' bekomme ich jetzt auch schon seit mehr als vierzehn Tagen nicht mehr. Angesichts dieser Situation ist es direkt verwunderlich, daß sie mir zur Zeit die deutschen Tageszeitungen zwar mit Verspätung aber doch relativ regelmäßig geben.

Auch diesmal haben sie mich nicht an der allgemeinen Weihnachtsfeier teilnehmen lassen. Angeblich deshalb, weil ich zusammen mit ein paar Gefangenen beim Hofgang falschherum im Kreis gegangen bin, was uns als Störung der Anstaltsordnung ausgelegt worden ist, wie ich im Nachhinein gehört habe, denn offiziell haben sie mir das nicht mitgeteilt. Den anderen Frauen, die beteiligt waren, haben sie ebenfalls die Teilnahme an der Gemeinschaftsveranstaltung gestrichen. Auch das ist bezeichnend für das Ausmaß der Repression, die hier herrscht.

Knapp sieben Wochen haben sie es ausgehalten, bis sie die letzte Frau, mit der ich zusammengelegt war, zwangsweise in einen anderen Knast verlegt haben. Angeblich hatte sie zu viele Eingaben (Beschwerden, Anträge) gemacht und sich auch ansonsten nicht angepaßt genug verhalten. Da hier selbständige Lebenszeichen der Frauen leider Seltenheitswert haben, wittern sie sofort Gefahr für die Friedhofsruhe, wenn mal irgendwas läuft, und vermuten, daß ich die Frauen dazu veranlaßt habe.

Eine Frau, mit der ich Tennis gespielt habe (und die zwar sowieso in die Strafvollzugsanstalt verlegt worden wäre), haben sie vor ein paar Wochen plötzlich früher als vorgesehen verlegt. Höchstwahrscheinlich deshalb, weil wir beim Tennisspielen wie üblich bespitzelt worden sind und ihnen der Gesprächsinhalt „verdächtig" vorkam. Nach gesicherter Information ist die Frau später darüber verhört worden, was sie für ein Verhältnis zu mir hat, worüber wir gesprochen hätten bzw. ob unsere Gespräche politischen Inhalts waren. Und das ist interessant, sie ist auch gefragt worden, ob sie mich von draußen kennen würde. Leider weiß ich nicht, von wem das Verhör durchgezogen wurde. Sie hatte ursprünglich auch Umschluß mit mir beantragt (zum Schachspielen). Über den Antrag war nicht entschieden worden. Normalerweise ist es hier üblich, daß zu Weihnachten und zu Sylvester die Frauen, die zusammen sein wollen, bis 20 Uhr die Möglichkeit dazu haben. Deshalb wollte ich mit den anderen Frauen aus der Selbsterfahrungsgruppe an diesen Tagen Umschluß haben. Der Umschluß ist uns nicht bewilligt worden..... Die Selbsterfahrungsgruppe hatte außerdem einen Antrag auf regelmäßigen Umschluß gestellt. Daraufhin kreuzte bei den anderen Gefangenen aus der Gruppe jemand von der Direktion auf und belaberte die Frauen in dem Sinn, daß die Gruppensituation für sie nicht sinnvoll sei, und wenn sie Probleme hätten, dann sollten sie sich doch besser vertrauensvoll an die Justizbullen oder an die Fürsorge wenden etc.; außerdem wurde mitgeteilt, daß der Umschluß „aus organisatorischen Gründen" abgelehnt worden sei. (...)
Seit etwa zwei Montaten bin ich mal wieder in Einzelhaft und will es auch voraussichtlich bleiben, weil bei den Verhältnissen hier — Denunziation oder relativ kurzfristige Zwangsverlegungen — im Grunde keine andere Möglichkeit besteht.
Bis heute hat mich der Bundesgerichtshof nicht davon unterrichtet, daß dort ein Verfahren gegen mich läuft. Aber das Oberlandesgericht Stuttgart läßt sich nicht davon abhalten, ein Rechtshilfeersuchen zu stellen, um abzuchecken, ob ich bereit bin, in einem Stammheimer Prozeß als Zeugin aufzutreten. Da ich über den Stand der Ermittlungen gegen mich nicht informiert bin, dürften das OLG und die Bundesanwaltschaft mit meiner Desorientierung kalkulieren, wobei sich die österreichische Justiz durch die Beseitigung der Verteidigerrechte für meinen deutschen Anwalt als Steigbügelhalter erweist. ...

Im März ist Waltraud Boock aus Protest gegen die Haftbedingungen Günter Sonnenbergs und die der Gefangenen in Österreich in den Hungerstreik getreten. Am 24.3. wurde der Hungerstreik abgebrochen; die Forderungen — u.a. gemeinsamer Hofgang mit „sozialen Gefangenen" — waren nur zum Teil erreicht worden.

Kontakt: Waltraud Boock, Landesgericht I, Landesgerichtsstr.11, A - 1082 Wien.

KURZE — KURZE — KURZE — KURZE

FRANKFURT 10. April
Die nicht bestätigten und vom Ausschluß bedrohten Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek in Frankfurt machen am Dienstag, 24. April, im Haus der Jugend (Deutschherrnufer 12) um 19 Uhr eine Veranstaltung. Sie sind überhaupt nicht damit einverstanden, daß ihre Gewerkschaft (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) ihnen verboten hat, als Betriebsgruppe den Mund aufzumachen. Zur Veranstaltung wird die Tonbildschau der Russell-Initiative Köln über die Gewerkschaftsausschlüsse gezeigt, und es kommen Betriebsgruppen, Vertrauensleute und Betriebsräte verschiedener anderer Gewerkschaften (Erziehung und Wissenschaft, Post, Druck und Papier, Metall, Handel/Banken/ Versicherungen).

Kontakt: Joachim Pahl, Bettinastr. 36, 6 Frankfurt 1.

HAMBURG 29. März '79
Am 26. April findet in Hannover die Hauptverhandlung im Prozeß gegen Grohnde-Demonstranten statt. Mit dieser Klage will sich die niedersächsische Landesregierung den Einsatz ihrer Polizei gegen eben diese Demonstranten bezahlen lassen.

Kontakt: Wolfgang Giesler, Eichenstr. 48, 2 Hamburg 19, Tel.: 040/40 73 42 — oder AK Ökologie, Luttherothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel.: 040/40 27 82.

FRANKFURT 4. April '79
Hier ein kurzer Nachtrag zum Artikel „Keine Startbahn West" im ID Nr. 271: Die Kundgebung gegen den Flughafenausbau wurde kurzfristig verschoben auf den **6. Mai um 14 Uhr.** Sie findet auf dem Dünengelände nordwestlich des Flughafens statt.
Außerdem gibt's am 16.4.79 um 14 Uhr einen OSTERMARSCH zum geplanten Gelände der Startbahn. Treffpunkt ist Mönchbruch.

BIELEFELD 3. APRIL
Dokumentation über JN/NPD/NSDA NSDAP-Umtriebe in Nordrhein-Westfalen. Sie hat 44 Seiten und kosten 3.50 , herausgegeben vonder Antifa-Komission NRW des Kommunistischen Bundes (KB).
Bestellungen: J. Reents — Vertriebsbüro, Buddestraße 9, 48 Bielefeld 1
Achtung: Auslieferung erfolgt nur gegen Vorkasse (Überweisungen an M. Breitkopf, Sparkasse Bielefeld, BLZ 408 501 61, Kto Nr. 65 46 618) oder gegen Nachnahme. Wiederverkäufer erhalten bei mindestens 10 abgenommenen Exemplaren 10 % Preisnachlaß).

EINLADUNG ZUM NÄCHSTEN BUNDESWEITEN TREFFEN DER AKW-GEGNER NACH GÖTTINGEN

GÖTTINGEN April '79
Hiermit laden wir alle Bürgerinitiativen und sonstigen Atomkraftgegner zum bundesweiten Treffen in Göttingen ein. Veranstalter zu diesem Treffen ist das letzte bundesweite Arbeitstreffen in Braunschweig vom 11.2.79, auf dem einheitlich von über 200 BI's beschlossen worden war, daß am 5.5. in Göttingen über den weiteren Widerstand gegen die geplante Atommüllfabrik in Gorleben mit dem Schwerpunkt einer Großdemonstration diskutiert werden soll.

Wir bitten euch, diese Frage ausführlich in euren BIs zu diskutieren. Wir werden uns bemühen, die Ergebnisse des Vorbereitungstreffens am 7.4. in Trebel rumzuschicken, damit von euch aus eine gute Vorbereitung möglich ist.

Der grobe Rahmen des Ablaufs ist so geplant:
Beginn am Samstag um 12 Uhr in Göttingen, Zentrales Hörsaal-

gebäude (ZHG). Das bedeutet, daß wir alle BIs bitten, erst am Samstag anzureisen. Wir werden deshalb keine, auf jeden Fall nur sehr wenig Schlafplätze für die Nacht vom Freitag auf Samstag organisieren. Die Bundeskonferenz soll am Sonntag um ca. 14 Uhr wieder zu Ende sein. Vielleicht auch eher, wenn wir uns schon vorher einig sind.

Damit das bundesweite Treffen in Göttingen organisatorisch und inhaltlich genausogut abläuft wie das in Braunschweig, bringt bitte gute Laune, viele Ideen, Solidarität und Schlafsack und Luftmatraze für alle Fälle mit und schickt uns rechtzeitig, d.h. bis Mitte April eine Anmeldung an den Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Marienstr. 10, Postfach 45, 3400 Göttingen.



„BEIRAT, SEI NICHT ALLZU FLEISSIG . . . !"

ESSEN

ESSEN-BREDENEY
5. April 1979

Vorwiegend aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen kamen die ungefähr 100 Chemiearbeiter zur Sitzung des Beirats der IG-Chemie in das noble Hotel in Essen-Bredeney. Die Protestierenden mußten zu dieser Fahrt einen Tag frei nehmen.
Aus ihrer Presseerklärung:

„Wir, Vertrauensleute und Mitglieder der IG-Chemie-Papier-Keramik aus verschiedenen Betrieben im Bundesgebiet, demonstrieren heute vor der Beiratssitzung der IG-Chemie gegen eine geplante Satzungsänderung und gegen die Entlassung von F. Patschkowski, dem Geschäftsführer der IG-Chemie aus Hannoversch-Münden.

Mit der Satzungsänderung ist geplant, die Vertrauensleute als unterste betriebliche Ebene der Gewerkschaftsrepräsentanten entweder wählen oder in Ausnahmefällen ernennen zu lassen. Bisher war nur die Wahl möglich.

Durch eine Ernennung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ist eine Einflußnahme der Mitglieder auf die Gewerkschaftspolitik ausgeschlossen.
Wohin das führt, kann man u.a. an der Gewerkschaftssituation bei der Bayer AG und der Höchst AG erkennen, bei denen es bisher – entgegen der jetzt noch gültigen Satzungsbestimmung – keine gewerkschaftlichen Vertrauensleute gibt *(Anmerkung: sondern betriebliche Vertrauensleute)*.

Durch die Satzungsänderung wird ein rechtlich umstrittenes System von betrieblichen Vertrauensleuten abgesichert, an denen vor allem die Arbeitgeber größtes Interesse haben..."

Die Protestierenden riefen den Beirat zur Diskussion auf, dann schickten sie eine Delegation in den Sitzungsraum mit Gutachten und Vorschlägen. Zum Gespräch kam es aber da auch nicht. Lediglich Geschriebenes konnten sie überreichen.

„Wir schlagen hier nicht umsonst Krach,
wir wollen den Gewerkschaftstag!"

– hieß eine der gerufenen Parolen. Weder das noch die Vorschläge zur Satzungsbeibehaltung wurden berücksichtigt. Die Gewerkschaftsführung ließ ihre Mitglieder vor der Tür stehen.

Die Satzungsänderung wurde in dieser Sitzung beschlossen.

Betriebliche Vertrauensleute (gewählt nicht nur von Mitgliedern der Gewerkschaft, sondern von der ganzen Belegschaft) stellen nicht die Basisorganisation der Arbeiter, sondern sind ein Puffer, den die Geschäftsleitung eingerichtet hat, um Konflikte auf Abteilungsebene möglichst früh zu erkennen, oder unpopuläre Maßnahmen der Geschäftsleitung besser verkaufen zu können.

„Im Werk Hoechst werden betriebliche Vertrauensmänner gewählt. Sie stellen die Verbindung zwischen Betriebsrat und Belegschaft einerseits sowie zwischen Belegschaft und Betriebsführung andererseits her."
(aus der Betriebsvereinbarung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat der Farbwerke Hoechst AG)

„Der betriebliche Vertrauensmann übt hier eine besondere Schlüsselfunktion aus. Wenn es – um das nur als ein Beispiel zu erwähnen – im vergangenen Jahr gelungen ist, die Belegschaft von der Notwendigkeit der Kurzarbeit zu überzeugen, dann dürfen die betrieblichen Vertrauensleute einen hohen Anteil an dem Gelingen für sich in Anspruch nehmen."
(aus der Werkszeitung "Farbenpost" der Hoechst AG)

GRÜNDUNG EINES ARBEITSKREISES ALTERNATIVER TOURISMUS

MELLE
März 1979

Anfang März wurde in der norddeutschen Provinz die Gründung eines Arbeitskreises Alternativer Tourismus beschlossen. Anlaß war die Einsicht, daß das Reiseverhalten der Linken kaum weniger barbarisch ist als das des Pauschaltouristen vom Normalbürgerschlag. Was den einen das ordentliche Hotel und das gebotene Programm, ist den andern die Lösung der Frage, wie man am billigsten zu den Geheimtip-Orten und Revolutionsschauplätzen kommt. Im Normalfall fährt jeder in die für ihn gemachten Nester.
Genug der Klage. Unsere Vorstellung geht in Richtung auf einen "sanften" Tourismus. Dazu gehört ganz sicher, die Betroffenen (und das sind erstmal die Einheimischen) nach ihren Vorstellungen zu fragen. Dazu gehört auch die Kritik am Globetrottertourismus, der sich zur Speerspitze des Massentourismus macht.



Dazu gehört die Bereitstellung vernünftiger Informationen über Reiseziele (es gibt nur wenige kritische Reiseführer). Und schließlich gehört dazu die Auseinandersetzung mit im Tourismusbereich tätigen Leuten wie die Entwicklung anderer Reiseformen.

Auf jeden Fall sollte dieses Gebiet der „kostbarsten Tage des Jahres" von uns nicht unbeackert bleiben. Wer sich für die angesprochene Problematik interessiert, der kann an unserer Tagung am 21./22.4. in Kassel oder Umgebung teilnehmen. Geplant ist eine solidarische Fahrtkostenumlage. Anmeldungen bitte schikken an: **Gerhard Armanski, Wallotstr. 5, 1 Berlin 33.**

PS: Da der Name unseres Arbeitskreises so blödsinnig plakativ und abschreckend ist, planen wir bei Gelegenheit eine Umbenennung zu Ehren J.G. Seumes, eines Pioniers auf dem Felde des rücksichtsvollen Reisens. Und damit zur ersten empfehlenswerten Reiseliteratur: J.G. Seume: Spaziergang nach Syrakus, Bruckmann Verlag München, erstmals erschienen 1803.

INTERNATIONALES 1. MAI-FEST AM LISTER TURM

HANNOVER
26. MÄRZ

Am 1. Mai 1979 findet in Hannover am Lister Turm zum vierten Mal ein großes internationales Fest statt. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre erwartet das vorbereitende Festkomitee mehrere tausend Teilnehmer. Chilenen, Deutsche, Eritreer, Griechen, Italiener, Jugoslawen, Perser, Spanier und Türken, die in Hannover leben und arbeiten, wollen mit dieser Aktion neue Akzente der internationalen Solidarität setzen. Das umfangreiche Programm wird von über vierzig Ausländerinitiativen, Gewerkschaftsgruppen , Bürgerinitiativen und Selbstorganisationen gleichberechtigt vorbereitet und durchgeführt.

Die Kosten müssen durch Eigeninitiative und Spenden aufgebracht werden. Das Festkomitee bittet deshalb um finanzielle Unterstützung auf die Konten:

Postscheckkonto: 340246 306 Hannover (H. Henseler) und Stadtsparkasse Hannover 743 321 (W. Hohmann)

Kontakt: Internationales Festkomitee 1. Mai, Rühmkorffstr. 7 3000 Hannover 1, Tel.: 0511 / 62 82 11

„MITARBEITERAUFRUF" FORTSCHRITTLICHE BEWEGUNGEN AUF DEM AUF DEM LAND

REUTLINGEN
9. April

Liebe Leute,
wir, vom Trotzdem-Verlag in Reutlingen (bisher: Wozu noch in die Parlamente? , Haug: Erich Mühsam), planen ein Buch zum Thema „Landkommunenbewegung in Deutschland". Dabei sind wir an Erfahrungsberichten, Bildern von heute genauso interessiert wie an Artikeln und Aufsätzen, die sich mit historischen Landkommunen beschäftigen (z.B. Ascona, Minusio, Worpswede etc.). Unser Ziel wäre es eine Verbindung zum linksradikalen Teil der damaligen Jugendbewegung herzustellen, zum Erfahrungsaustausch heute und zum Problem „Verweigerung-Kapitalismus" Beiträge zu liefern, die sich vor allem mit den „gefährlichen" Aspekten für unser gegenwärtiges System beschäftigen. Wer sich also historisch, fotographisch und ‚LEBENSNAH' mit diesen Dingen auseinandersetzt und dazuhin Lust hat darüber zu schreiben, soll sich bei uns melden!

Kontakt: TROTZDEM-Verlag, Obere Weibermarktstraße 3, 7410 Reutlingen.

„ATOMMÜLL"-DEPONIE

TRIER
2. April

„Atommüll" entpuppte sich als Torf oder Sägemehl

In verschiedenen Stadtteilen von Trier wurden am Donnerstagabend Flugblätter in Hausbriefkästen eingeworfen, die als Schreiben der „Kraftwerkunion" aufgemacht waren. Den Flugblättern waren Beutel beigefügt, in denen sich angeblich „Atommüll" befinden sollte. Die Überprüfung durch die Polizei ergab, daß der fünf bis zehn Gramm schwere Inhalt der Beutel keine radioaktive Strahlung aufweist. Ohne dem Ergebnis einer eingeleiteten Untersuchung vorgreifen zu wollen, glaubt die Polizei, daß es sich bei der Substanz um Torf oder Sägemehl handelt.

Makabrer Scherz

Nicht viele Dinge auf dieser Welt können als schäbiger bezeichnet werden, als das Spiel mit der Angst der Bevölkerung. Das aber wurde jetzt in weiten Stadtbereichen von Trier vorgeführt. In die Briefkästen zahlreicher Wohnungen wurden Wurfsendungen deponiert, die mit „Sachbearbeiter Ernst A. Gorleben" unterzeichnet waren. Daran war ein kleines Plastiktütchen befestigt mit dem Hinweis, es enthalte radioaktiven Atommüll. Dazu die Aufforderung, den Beutel sorgfältig im Garten zu vergraben, dabei darauf zu achten, daß er nicht mit Grundwasser in Berührung kommt, und die nachfolgende Generation auf diesen vergrabenen Atommüll aufmerksam zu machen. Zugegeben: Diese Angaben enthalten die Problematik einer Entsorgungsanlage für Atommüll. Aber der Gedanke, mit diesem Thema einen makabren Scherz zu treiben und die Bevölkerung in Angst und Schrecken

zu jagen, muß schon sehr pervertierten Überlegungen entsprungen sein. Es ist zudem ein gefährliches Treiben, mit dem Strahlenschutzzeichen derart leichtfertig umzugehen. Denn es soll auf eine echte Gefahr hinweisen und daher von denen, die ihm begegnen, ernst genommen werden. Wer es zu anderen Zwecken anwendet, kann sich im „Fall eines Falles" von Schuld nicht freisprechen.

(aus: Trierischer Volksfreund, 31.3.79)

CHEFBULLE TRÄUMT VOM ONANIEREN

HANNOVER
5. April '79

Liebe Redaktion,
leider muß ich dem überall als gewaltfrei proklamierten Sonnabend in Hannover ein Erlebnis hinzufügen, das diesem Anspruch nicht gerecht wird.
Mir wurden an diesem Sonnabend zwei Zähne eingeschlagen und meine linke Rippenseite mit einer Eisenspitze eines Schirmes maltraitiert.

Wie kam es dazu: Nach einer Pinkelpause ca. 300 bis 500 Meter vom Demozug entfernt wurde ich von fünf bis sechs jungen Typen (männlich) umstellt. Einer von denen forderte mich brüllend auf, in eine Ecke zu gehen,und verlieh seiner so großen Autorität durch Schubsen Nachdruck. Diesem 'Befehl' kam ich nicht nach, da die Ecke, in die ich gehen sollte, bepflastert war mit Scherben, ganzen Flaschen und großen Steinen. So ging ich ein paar Schritte nach vorn und gab zu verstehen, daß ich auf eine Prügelei keinerlei Meinung hätte. Nun wurde mir ein Krükkenschirm mit Eisenspitze in die Seite gerammt und mit total verbissenem und ernstem Gesicht erklärt: „Ich stech Dich ab Du linke Sau!". Jetzt begriff ich eigentlich erst den Ernst der Sache und nahm meine Beine in die Hand, um Schlimmerem zu entgehen. Die Sechs kamen hinter mir her, und der, der mich zuerst angequatscht hatte, schlug mir von hinten entweder mit der Faust oder mit einem Gegenstand den Unterkiefer weg, so daß mir dabei zwei Zähne herausgeschlagen wurden. Glücklicherweise kam ich jetzt wieder näher zum Demozug, und als ich mich umsah, sah ich die Kerle ganz weit unten am Ende der Straße weglaufen. – Zu den Äußerlichkeiten kann ich nur sagen, daß sie total spießbürgerlich angezogen waren, mit Bügelfaltenhosen und Lederjacken in Jakettform, kurzen Haaren und sauberen Hemden; der mit dem Schirm zustach, war ca. 180 bis 185 Zentimeter groß, hager und hatte dunkle Haare; der andere war ca. 170 bis 175 groß, nicht übertrieben kräftig gebaut und blond, ein bißchen gekräuseltes Haar.

Ich vermute sehr, daß es sich hierbei um junge radikale Nazis gehandelt hat, zumal mir „Scheißdemonstrant" und eben wie oben geschrieben „linke Sau" zugeschrieen wurde. Die Leute waren höchstens 18 bis 20 Jahre alt. Der Vorfall passierte in der Straße am Listholz.



Ich schreibe Euch dies, da ich es für wichtig halte, andere auf diesen Vorfall aufmerksam zu machen, und daß ihnen vor allen Dingen klar wird, sich nicht von dem Demozug zu lösen oder, wenn dies schon sein muß, mindestens 50 Leute mitzunehmen. Vielleicht hat auch der eine oder andere diese Gruppe gesehen oder ist ihm aufgefallen durch irgendwelche Motzereien oder so. Die könnten dann ja ihre Beobachtungen schriftlich festhalten und an die Kontaktanschrift senden.

Erwähnen möchte ich noch das Verhalten des Dienststellenleiters auf der Polizei (der Mensch hatte 3 Sterne auf der Schulter). Nachdem er mich nach meinem Anliegen gefragt hatte und ich ihm entgegnete, ich sei „überfallen worden und mir würden nun ein paar Zähne fehlen", meinte er: „ach, das ist ja nur Körperverletzung". Mir wurde dann ein Beamter zugewiesen, der mich dann peinlich berührt und kleinlaut fragte: „Sie haben doch nicht entwa onaniert oder so? " Nachdem ich mich erholt hatte, fragte ich ihn, was dieser Quatsch denn solle. Ich bekam die Antwort, daß ihn sein Vorgesetzter (eben dieser 3 Sterne Typ) den Vorfall so erzählt hätte und darum mußte er diese Frage stellen.

Bitte habt Verständnis dafür, daß ich keine Anschrift bekanntgebe, aber ich hab reichlich Angst bekommen, bin aber trotzdem sehr froh, daß es mir möglich ist, durch die Anschrift, die jetzt kommt, den Vorfall darzulegen.

Kontakt: Ermittlungsausschuß Hannover, c/o Götz Buchholz, Boedekestr. 75, 3 Hannover 1.

„DA HÖRT JA WOHL DIE ZIVILISATION AUF!"

Dormagen
26.März

,Atomkraftwerke gefährden uns alle und nicht nur die direkten Anwohner' und ,Vorbeugen ist besser als Nachrennen!'
Von diesen beiden Grundsätzen ging die Bürgerinitiative Gewaltfrei gegen Atomkraftwerke Dormagen (BIGA) bei der Erstellung eines Widerstandsprogramms für den Kölner Norden aus. Zur Zeit werden zwar alle Pläne für ein AKW in diesem Bereich bestritten, aber widersprüchliche Informationen und Geländekäufe von möglichen Betreibern müssen Warnung genug sein. Die erste Phase des Programms ist auf die Informationsbeschaffung bei Politikern, Betreibern/Zulieferern und Öffentlichkeit ausgerichtet.

Stadtrat mehrheitlich gegen ein AKW

So wurden alle Mitglieder des Dormagener Stadtrates besucht und um ihre Unterschrift für oder gegen ein AKW im Raum Köln/ Düsseldorf/Duisburg gebeten; das Ergebnis sollte veröffentlicht werden. Die Reaktionen waren überraschend: die Fraktionen setzten die Befragung auf die Tagesordnung ihrer Sitzungen, um Absprachen zu treffen. Vermutlich ist es auch darauf zurückzuführen, daß die zweite Hälfte der befragten CDU-Politiker sich überwiegend nicht mehr festlegen wollte. Die SPD lehnte fast einstimmig ein AKW ab.

Die Umfrage beinhaltete zusätzlich etwa 10 Fragen zum gesamten Problembereich, deren Beantwortung aber nicht veröffentlicht werden sollte; sie wird der BIGA dazu dienen, bei zukünftigen Auseinandersetzungen besser auf die Politiker reagieren und verschiedene Leute eventuell in ein Widerstandsnetz einbauen zu können.

Am Ende der Umfrage war der „Respekt" der Interviewer gegenüber derartigen „Volksvertretern" deutlich gesunken. Allzu krass bot sich ihnen oft genug ein Bild von Naivität, Unwissenheit, Engstirnigkeit und Verantwortungslosigkeit. Das Ergebnis der Umfrage wurde der Öffentlichkeit am 2.

Gorleben—Aktionstag durch eine Sandwich-Aktion mit verkleideten Pro-, Contra- und Nichts-Sehen-Nichts-Hören-Nichts-Sagen-Politikern vorgestellt. Die Regionalpresse berichtete ausführlich.

Die meisten Betreiber antworten nicht

Alle infragekommenden Betreiber für ein AKW in der Umgebung wurden angeschrieben und zu einer Stellungnahme darüber aufgefordert, ob sie den Bau eines Atomkraftwerkes beabsichtigen oder nicht. Einige wenige antworteten verneinend, die meisten gar nicht. Die Parteien starteten ähnliche Anfragen vor allem an das Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerk (RWE). Dessen Informationen waren so widersprüchlich, daß die Dormagener Bevölkerung sich innerhalb weniger Wochen intensiv für die Problematik zu interessieren begann. Das Atomkraftwerk (bzw. ein Schneller Brüter) am Silbersee wurde zum Stadtgespräch .

RWE verweigerte Geigerzähler

Am Tag des Beginns der Bohrungen in Gorleben (Tag X) wurden in Dormagen und Köln-Nord die Plakate „Alarm in Gorleben" geklebt. Zwei Tage später stattete die Bürgerinitiative der RWE-Zentrale in Neuss einen ungewöhnlichen Besuch ab: ihre Mitglieder verteilten sich unbehelligt im Gebäude und fragten die erstaunten Sachbearbeiter nach Geigerzählern, mit denen sie die Radioaktivität der Umgebung ständig kontrollieren wollten. Die Angestellten nahmen die Atomkraftgegner verwundert, aber freundlich auf. Es entwickelten sich interessante und für beide Seiten lehrreiche Diskussionen, bei denen sich die gute Vorbereitung der BI auf unterschiedliche Typen und Verhaltensweisen sehr positiv auswirkte. Für alle Angestellten war es offensichtlich eine angenehme Stunde Abwechslung in ihrem grauen Alltag. Absicht der Umweltschützer war, in Gesprächen mit den Angestellten ihre Betroffenheit über den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und den ständigen Anstieg von Radioaktivität in unserer Umgebung deutlich zu machen. In einem Flugblatt, das auf den Toiletten angebracht worden war, wiesen sie zusätzlich darauf hin.

Manager lehnte Hausbesuch ab

Die Leitung des RWE reagierte völlig hektisch: sie rief sofort die Polizei, um die Personalien der Bürgerinitiativler aufnehmen zu lassen. Bis dahin war noch kein einziger aufgefordert worden, das Haus zu verlassen. Der Chef der Zentrale sprach von Gewalt gegenüber den RWE-Mitarbeitern, die von ihrer Arbeit abgehalten worden waren. Und weil man sich keinen Passierschein hatte ausstellen lassen, schimpfte er: „Da hört ja wohl die Zivilisation auf!"

Auf die Frage, ob man ihn zu Hause zu einem persönlichen Gespräch besuchen dürfe, um seine Arbeit nicht zu stören, wich er aus: er müsse sich um die Hausaufgaben seiner Kinder kümmern und eine Menge Fachzeitschriften lesen. Ob das RWE etwas gegen die Bürgerinitiative unternehmen würde, konnte er noch nicht sagen.

„Furchtbar! Sie wissen ja a lles!"

Am nächsten Tag war der Tag der bundesweiten Proteste gegen den Beginn der Bohrungen in Gorleben. Die Dormagener Bevölkerung wurde über die Vorgänge im RWE mit Hilfe der Hyde-Park—Methode informiert: in der Haupt-Geschäftsstraße standen an belebten Stellen ein RWE—Vertreter im Anzug und ein Bürger auf Apfelsinenkisten und spielten das Gespräch in der RWE-Zentrale lautstark nach. Dabei kam die Mitverantwortlichkeit des RWE für Gorleben, für den Bau von AKW's, für den Bau eines AKW am Silbersee und für die Atommülltransporte auch durch Dormagen besonders stark hervor. Das 4-Minuten-Stück, das ständig wiederholt wurde, führte einmal zu einer halbstündigen Diskussion mit etwa 30 Passanten, von denen einer aus lauter Verzweiflung über die eigenen fehlenden Informationen ausrief: „Sie wissen ja wirklich alles!" Zum Schluß des Theaterstückes kam immer der Hinweis auf die Notwendigkeit, sich gemeinsam gegen das RWE zu wehren. Dazu gab es Unterschriftenlisten gegen ein AKW in der Region, in die sich 130 Passanten eintrugen; außerdem Tips, wie man auch als einzelner die RWE-Bürokratie durcheinander bringen kann. Eine selbstgetextete Moritat zu Gorleben brachte den Passanten weitere Informationen und den Theaterspielern die notwendigen Pausen.

Fortsetzung des Dezentralen Gewaltfreien Widerstands

Die BIGA versteht ihr Vorgehen als Beitrag zum de zentralen gewaltfreien Widerstandskonzept. Die Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit, die auch mit dem Zusammenschluß der regionalen BI's in der Rheinschiene abgestimmt werden: Beschaffung weiterer Informationen über Betreiber und Zulieferer der Umgebung, Aufbau eines Widerstandsnetzes durch Ansprechen bzw. Bilden von Bezugstrupeen, Training und Durchführung von Gewaltfreien Aktionen gegen Betreiber und Zulieferer, Werbung für Alternativen.

Kontakt: BI Gewaltfrei gegen AKW (BIGA)
c/o Rainer Prätorius, Jussenhovener Str. 10,
4047 Dormagen


Erklärte Gegner der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, die nun solange glatzköpfig herumlaufen werden, bis das Atomprogramm gestoppt ist.

DEMONSTRATION IN BRUNSBÜTTEL

BRUNSBÜTTEL April '79 — 28 Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum haben für den 21.4.79 – eine Woche vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein – eine Demonstration in Brunsbüttel beschlossen, auf der die Forderung nach endgültiger Stillegung des Katastrophen-AKWs im Mittelpunkt stehen soll. Nachdem ursprünglich der 31.3. als Termin vorgesehen war, ist die Demo wegen des zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Einmarsches der Lüchow-Dannenberger Bauern in Hannover um drei Wochen verschoben worden.

Nach einer spontanen Demonstration am Wochenende nach dem spektakulären Unfall im letzten Juni wird dies die zweite direkte Aktion gegen das noch stilliegende AKW sein. Vorgesehen ist, nach einer Anfangskundgebung auf dem Marktplatz in Brunsbüttel, in Richtung Reaktor loszumarschieren. Unterwegs werden Ärzte aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die einen eigenen Block in weißen Kitteln bilden wollen, auf die medizinischen Gefahren der drohenden Wiederinbetriebnahme hinweisen. Für den Spätnachmittag ist eine Abschlußkundgebund in unmittelbarer Nähe des AKWs geplant.

(aus: Nr. 13 Atom-Express)

GORLEBEN-DEMONSTRATION IN SAARBRÜCKEN

Am Samstag den 7. 4. fand auch in Stuttgart eine Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben statt. 400 Demonstranten zogen durch die Innenstadt, spielten Straßentheater. Die Aktion ist bei den Passanten ziemlich gut angekommen, was man schon daran sehen kann, daß der Informationsstand regelrecht belagert wurde.

Am Samstag den 7. April fand auch in Saarbrücken eine Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben statt. 400 Demonstranten zogen durch die Innenstadt, spielten Straßentheater. Die Aktion ist bei den Passanten ziemlich gut angekommen, was man schon daran sehen kann, daß der Informationsstand regelrecht belagert wurde.

Kontakt: Saarbrücker Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke c/o Karl Bruch, Gaußstr 34, 66 Saarbrücken, Tel: 0681 /390325

HARRISBURG UND STUTTGART

STUTTGART 3. April '79 — *Stuttgarter AKW-Gegner schreiben uns:*

WENN DIE SIRENEN HEULEN, BUNDES- ODER LANDESWEIT

Für den 25. April 1979 ist ein bundesweiter Sirenenalarm vorgesehen. Unter anderem wird auch das Signal für atomaren 'Verteidigungs'-Fall geprobt (was aber an sich für unsere Aktionen nich' so wichtig ist!). Wir vermuten, daß dann folgendes passieren wird, weil jeder, der Zeit hat und auch die, die keine zu haben glauben, mitmachen werden: an allen Orten, wo's AKW nee- und so Gruppen gibt, wird auf den Straßen der Ernstfall durchgespielt: Durchsagen per Megaphon, Leute, die umfallen (vielleicht auf Kreuzungen), andere die sie wegtragen, dabei natürlich Unmengen Flugblätter verteilen. Ich kann mir auch vorstellen, daß 'n paar Ersatzdienstleistende mit „ihren" Krankenwagen mitmachen. Na ja, der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Ich weiß, daß ihr alle mitmacht und wir zu Tausenden auf den Straßen sein werden, alle etwas anderes oder das Gleiche machen. Es kann natürlich sein, daß aufgrund der 'Ereignisse' von Harrisburg und unserer geplanten Aktion der bundesweite Sirenenalarm verschoben wird und nur landesweit stattfindet, aber da wir flexibel sind, macht das gar nichts. Wir entnehmen die genauen Termine der Tagespresse.

Ihr wißt ja: GORLEBEN & ANDERES wird nich' gebaut, wenn w i r dranbleiben!

HARRISBURG-DOKUMENTATION: WER MACHT MIT ?

Ich halt's für wichtig, 'ne Dokumentation zu Harrisburg zu erstellen. Damit das nich' zehnmal oder öfter gemacht wird, laßt's uns doch zusammen machen. Denke daran, damit zu beginnen, wenn 'die Sache' 'abgeschlossen' ist, soweit wie's jemals sein kann. Was ich dazu brauche, sind Flugblätter, die ihr gemacht habt, Zeitungsartikel und Mitschnitte von Nachrichten in Funk und Fernsehen etc. Danke euch schon jetzt oder vielleicht dankt ihr euch selbst?

KALTER WIND IM RÜCKEN

Liebe Leute, wir haben Rückenwind bekommen. NUTZT IHN! Sicherlich ist er kalt, dafür aber sehr stark. Wir in Stuttgart führen seit gestern (2. April) im Zentrum auf dem Schloßplatz eine Mahnwache durch. Es werden Unterschriften gesammelt, Flugblätter verteilt und diskutiert. Am Samstag findet um elf Uhr eine Demonstration statt. Die Reaktionen sind vorwiegend positiv, weil die Leute aus'm Schlaf gerüttelt sind. W i r müssen sie w a c h rütteln. Habt ihr schon mal daran gedacht, Eurem Zeitungshändler Flugblätter zu hinterlassen? Er könnte sagen, DANKE, ich leg' sie den Zeitungen bei!

Denkt dran: Den Rückenwind von heute genutzt, heißt morgen nicht mehr treten zu müssen.

* * *

Kontakt: Petra Wolf, Ludwigstr. 85, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 62 54 77, und Wilfried Zeckai, Heinrich-Baumann-Str. 38, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 26 06 54.

INTERNATIONALER DEMONSTRATIONSTAG GEGEN ATOMENERGIE

BASEL 3. Dezember '78 — Am 2./3. Dezember 1978 fand in Basel eine internationale Koordinationskonferenz der Anti-Atomenergie-Bewegung statt. Eingeladen dazu hatte die Schweizer Nationale Koordination. Die Beschlüsse wurden von bundesdeutscher Seite von folgenden Organisationen getragen: Bürgerinitiative Saarbrücken, Initiative Umweltschutz Würzburg, Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, „Was wir wollen" (eine Zeitung der Freiburger AKW-Gegner), Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Markgräflerland, Weltbund zum Schutze des Lebens.

Aus dem Aufruf:

„Gemeinsame Internationale Forderungen

1. Mehrjähriger Bau- und Bewilligungsstop (Moratorium) für alle im Bau befindlichen und geplanten Atomanlagen sowei für Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen! Stop dem Export von Atomanlagen und Atommüll!
2. Stop der atomaren Bewaffnung!
3. Gegen jede Repression und für die Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Rechte!
4. Totale Öffentlichkeit aller Informationen und Beschlüsse zur Energiepolitik!
5. Beschleunigte Entwicklung und Anwendung von umweltschonenden Energien!"

Für Pfingsten, dem 3. Juni 1979, ruft die Konferenz auf zu einem Internationalen Demonstrationstag gegen die Atomenergie. Dazu schlägt sie folgende Standorte vor:

BRD: einige zentrale Standorte; Holland: Almelo; Südholland/ Flandern: Dole; Wallonien/Luxemburg: Cattenom; Österreich: grenznahe Demonstrationen zur CSSR und Jugoslawien; West- und Nordfrankreich: La Hague; Großbritannien: Capenhurst; Irland: Carnsore; Südfrankreich: Tricastain; Spanien: an verschiedenen Standorten; USA: Seabrock.

„Dies sind die Vorschläge, die jetzt von den regionalen und nationalen Bewegungen bestätigt, erweitert oder eingeschränkt werden können."

Kontakte: Internationale Koordinationskonferenz, Postfach, 4015 Basel, Schweiz.



Wochenlang hatte die CDU/CSU geduldig gewartet, doch jetzt hat's gereicht: Nachdem die Holländer stur blieben und nicht die Namen jener Brunnenvergifter preisgaben, die Oppositionsführer Kohl in einer Fernsehdiskussion mit holländischen Zuschauern schlecht aussehen ließen, wurden in einer Blitzaktion christliche GSG 9-Soldaten mit der Recherche beauftragt. Hier ein Foto unsrer Jungs bei der Arbeit in der Nähe von Rotterdam.

PETRI-KIRCHE IMMER NOCH BESETZT

HAMBURG
10. April '79

Die Petri-Kirche war besetzt worden, weil Helmut Oldefest (Eso) als erster der Grohnde-Angeklagten ins Gefängnis sollte.

Besetzer der Petri-Kirche erzählten uns, wie die Besetzung weitergeht:

Ein an den Niedersächsischen Justizminister gerichtetes Gnadengesuch wurde innerhalb kürzester Zeit abgelehnt, die angeführten Gründe seien nicht ausreichend.
Am 6.4. ist Eso dann nach Holland gefahren, um dort politisches Asyl zu beantragen, die Besetzung der Petri-Kirche läuft aber trotzdem weiter, es geht ja nicht nur um die Grohnde-Prozesse, sondern auch um den Reaktorunfall in Harrisburg und um Gorleben. Täglich gibt es Veranstaltungen, Informationsstände und Musikgruppen spielen in der Stadt – aber auch die Andachten laufen normal weiter.

Karfreitag soll in der Kirche die Johannispassion aufgeführt werden. Da gab es lange Diskussionen mit dem Organisten und Chorleiter der Aufführung, er meinte sein Chor sei genau wie er sehr sensibel, und die Proben wären bei dem Lärm und dem Hundegebell nicht möglich. Die Besetzer einigten sich schließlich mit ihm, wenn geprobt wird, verhalten sich die Leute ruhig, und am Freitag werden zusätzliche Plakate abgenommen, damit die Aufführung stattfinden kann.
Im Gegensatz zu früheren Jahren ist diesmal Eintritt frei, es wird dafür eine Spendenbüchse rumgehen.

Kontakt: Ökologie-Laden, Luttherorthstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel.: 040 / 40 27 82.

IM IRAN HAT EINE REVOLUTION STATTGEFUNDEN – ASYLGRÜNDE SIND NICHT MEHR TRAGFÄHIG

FRANKFURT
2. April '79

Die Stadt Frankfurt will einen persischen Genossen ausweisen, weil er auf der Anti-Schah-Demonstration am 25.11.78 in Frankfurt strafbare Handlungen begangen haben soll.
Dagegen wurde Widerspruch eingelegt, außerdem hat der Betroffene politisches Asyl beantragt. Daraufhin hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof eine aufschiebende Wirkung erteilt. Die Stadt Frankfurt nun ist damit gar nicht einverstanden und versucht ihrerseits, den Asylantrag als unbegründet hinzustellen (nur, das ist nicht ihre Aufgabe, sondern die des zuständigen Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge).
Sie schreibt u.a.:

„... *Ohne in die Zuständigkeit des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingreifen zu wollen, kann festgestellt werden, daß durch die politischen Veränderungen im Iran die von dem Antragsteller gegebenen Asylgründe nicht mehr tragfähig sind. Die von ihm behauptete politische Verfolgung hat sich erledigt, da inzwischen im Iran eine Revolution stattgefunden hat, insbesondere die frühere Geheimpolizei SAVAK aufgelöst worden ist und somit keinen Einfluß mehr besitzt. Einer Ausreise des Antragstellers, auch in sein Heimatland, steht somit nichts mehr im Wege, so daß auch die Gründe für die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs gegen die obengenannte Verfügung entfallen sind...*"

Mittlerweile hat auch das Verwaltungsgericht Frankfurt in dem Verwaltungsstreitverfahren 'Stadt Frankfurt gegen Neville' bestätigt, daß ein Ausländer, der beschuldigt wird, im Zusammenhang mit der Demonstration am 25.11.78 in Frankfurt am Main strafbare Handlungen begangen zu haben, das Recht hat, bis zum rechtskräftigen Abschluß des Straf- und Verwaltungsstreitverfahrens in der Bundesrepublik zu verbleiben.

Weitere Informationen: Rechtsanwalt Helmut Riedel, Hochstr. 52, 6 Frankfurt/Main 1, Tel.: 0611 / 28 01 41.

„PROBLEME MIT NICARAGUA"

Eine Kritik am ID

Liebe Freunde!

Wir waren sehr erstaunt, als wir im ID 267 vom 3. Februar 1979 Euren Artikel „Probleme mit Nicaragua" gelesen haben. Unserer Meinung nach entsprechen einige Behauptungen in diesem Artikel nicht den Tatsachen oder sind sinnentstellend dargestellt.

Ihr habt geschrieben, daß „Nicaragua-Komitees" Informationsveranstaltungen und -feste organisiert haben, wo „alles nur auf das Ziel, Geldspenden zu erhalten, ausgerichtet war". Uns ist nicht bekannt, daß es mehrere „Nicaragua-Komitees" gibt. Als Nicaragua-Initiative fühlen wir uns aber von Eurer Behauptung angesprochen. — Wir haben bisher kein Fest veranstaltet, das erste planen wir erst am 5. Mai 1979 im Haus Nidda. Wir haben lediglich an Festen anderer Gruppen als Gäste teilgenommen.

In dem Artikel erweckt ihr den Eindruck, als hätten wir das Fest in der Batschkapp veranstaltet. Wir haben mit diesem Fest weder finanziell noch politisch etwas zu tun, und die Leute die dort für Nicaragua gesprochen haben, stehen in keinem Kontakt mit uns oder gar mit der sandinistischen Befreiungsfront FSLN.

Bei unseren Veranstaltungen haben wir sehr wohl politisch informiert und diskutiert, wir haben sogar einige Male überhaupt kein Geld eingenommen. . . . Wir haben Euch sogar angeboten, einen Termin mit uns zu vereinbaren, um gründlicher über Nicaragua, die FSLN und die Fragen der Solidaritätsarbeit mit uns zu diskutieren.

Euer Anliegen, über die Geschichte der Soidarität, das Scheitern vieler Komitees und die Enttäuschung vieler Leute zu sprechen, ist legitim, aber kein Problem, das nur die Solidarität mit Nicaragua betrifft. Daher verstehen wir nicht, weshalb alleine wir als Nicaragua-Initiative diese Fragen in der Öffentlichkeit diskutieren sollen. Wir, die wir erst seit einigen Wochen existieren, hätten dabei vielmehr zu lernen, als zu erklären!

Mit solidarischen Grüßen
Nicaragua-Initiative Frankfurt
Tel.: 70 56 46

SCHACHMATT? –
Reaktionäre Putschpläne in Nicaragua

Das Scheitern der Verhandlungen zwischen der die bürgerliche Opposition repräsentierenden FAO, Somoza, Guatemala und Venezuela, das die Hoffnungen des US-amerikanischen Geheimdienstes auf eine "saubere" Lösung des Nicaragua-Problems zerstörte, hat wichtige politische Folgen für die nicaraguanische Opposition gehabt: die Linke bezieht nun eindeutigere und einheitlichere Positionen.

Ende März gab die FSLN (Frente Sandinista de Liberacion Nacional) bekannt, daß die bisher relativ selbständig operierenden drei Tendenzen sich zu einer einheitlichen Führung und zur Aufgabe ihrer Fraktionierung entschlossen haben. Der neuen Führung gehören je zwei Vertreter der "authentischen" (die Revolution muß von den Bauern ausgehen; zu ihrer Vorbereitung müssen wir uns in die Berge zurückziehen), der "proletarischen" (die Revolution muß von der Arbeiterklasse gemacht werden; wir müssen dazu Generalstreiks vorbereiten) und der "Terceristas" (für den revolutionären Prozeß sind die "kleinen Leute" in den Städten wichtig; um sie zu gewinnen müssen wir spektakuläre Einzelaktionen wie kurzfristige Besetzungen, Entführungen etc. durchführen) an, unter ihnen der einzige Überlebende der Führung aus den sechziger Jahren, Tomas Borge. Die Sandinisten haben damit aus den Kämpfen des letzten Jahres den Schluß gezogen, daß jede Revolutionstheorie, die den alleinigen Führungsanspruch für EINE Klasse beansprucht, durch die Realität widerlegt wurde.

Gleichzeitig verlor die FAO ihre politische Bedeutung als — zumindest nach außen — einigende Kraft der nicaraguanischen Opposition. Die "Gruppe der Zwölf" — 12 wichtige und bekannte Persönlichkeiten, die die Zwischenschichten repräsentieren — die einzig wirklich antisomozistische Kraft in der FAO, die auch die Verbindungen zur FSLN herstellte, ist inzwischen aus der FAO ausgeschieden. Verblieben sind in ihr nur noch die "traditionelle" Oppositionspartei, die Konservativen, die sich mit der Somoza-Clique um die Fleischtöpfe streiten, einige Splittergruppen und die Christdemokraten. Diese spielten bisher eine sehr geringe Rolle, werden aber zur Zeit durch lateinamerikanische Bruderparteien kräftig unterstützt. (Es steht zu erwarten, daß eine gewisse europäische Bruderpartei in nächster Zeit ähnliches tun wird). Mit dem Austritt der Gruppe der Zwölf hat die FAO jeden Rückhalt beim Volk verloren.

Wirklicher Widerstand gegen eine verschleierte Fortsetzung des Somozismo mit anderen Mitteln ist dagegen von der neugebildeten MPU (Movimiento Pueblo Unido) zu erwarten, der neben den wichtigsten Gewerkschaften, der Studentenorganisation, der Frauenorganisation und der revolutionären Jugend die trotzkistische wie die kommunistische Partei angehören. Die MPU formulierte im November vergangenen Jahres ein Sofortprogramm, das als wichtigste Forderungen enthält: freie Wahlen, Auflösung der Nationalgarde, Abschaffung des Somozismo (d.h.: Entmachtung des Somozaclans und Rückgabe aller dem Volke gestohlenen Reichtümer), Bestrafung der Folterer, Schaffung eines Volksheeres, dem auch die Guerilla angehört und eine Landreform (die aus den zu requirierenden Somoza-Gütern bequem bestritten werden kann). Diese Forderungen werden von der FSLN unterstützt.

Die internationale Reaktion kann sich aber schon auf die erste dieser Forderungen — freie Wahlen — nicht einlassen, denn es ist ziemlich klar, daß die FSLN und die MPU dabei haushoch gewinnen würden. Deshalb sind die zuständigen Herren aus den Geheimdiensten inzwischen von ihren "demokratischen" Glacehandschuh-Methoden wieder abgerückt. In einer Presseerklärung vom März denunziert die FSLN Pläne des CIA, einen Putsch in der Nationalgarde zu inszenieren. Die Operation "Jaque Mate Rey 2" (Schachmatt 2) soll den häßlichen Somoza durch andere Gruppen der nicaraguanischen Lumpenbourgeoisie ersetzen, aber im wesentlichen am System nichts ändern, d.h. für die Sicherheit der US-amerikanischen und europäischen Investitionen und für riesige frei transferierbare Profite weiter garantieren.

Zur Unterstützung dieser Pläne beginnt die Nationalgarde gemeinsam mit den Terrorgruppen in anderen mittelamerikanischen Ländern den Druck auf die nicaraguanischen Flüchtlinge in Honduras und Costa Rica zu verstärken. Bis jetzt hat zumindest die Mehrheit in der costaricanischen Regierung dem Druck noch standgehalten — die Flüchtlinge in Costa Rica werden z.Z. noch gut versorgt (in Honduras, das sehr arm ist und von einer Militärdiktatur regiert wird, geht es ihnen dreckig). Aber die Exilierten der FSLN bekommen auch in Costa Rica immer mehr Schwierigkeiten. Immer öfter werden FSLN-Leute inhaftiert, immer öfter liest man von reaktionären Anschlägen auf sie, gegen die sie von der Polizei nicht geschützt wer-

den. Auch in Costa Rica, wo sich bisher die FSLN – gemessen an anderen mittelamerikanischen Ländern – noch relativ frei bewegen konnte, sind große Teile der FSLN heute im Untergrund. – Die Verunsicherung der costaricanischen Regierung wird in den letzten Monaten durch eine Reihe von Attentaten verstärkt, in die nachweislich die Nationalgarde Nicaraguas verwickelt ist. (Wie man auch über eine Beteiligung der Nationalgarde am gescheiterten Attentat auf den Präsidenten Panamas vor etwa 4 Wochen munkelt)

All dies geschieht selbstverständlich auch im Interesse bundesrepublikanischer Profitmacher. Die Firma Mercedes liefert über ihre Vertretung in Brasilien eifrig im Kampf einsetzbare Fahrzeuge an die Nationalgarde, bundesrepublikanische Waffenfirmen liefern (in Mailand zusammengesetzte) automatische Handfeuerwaffen. Siemens, der Telefonmonopolist in Nicaragua, antwortet in letzter Zeit auf Fragen nach Investitionen in der Heimat Somozas recht ausweichend. Das ist angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation des Landes auch kein Wunder: Seit Mitte letzten Jahres haben 50 kleine und mittlere Unternehmen Pleite gemacht, es gibt ca. 50 - 60 % Arbeitslose, Nicaragua hat alle Zahlungen seiner Schuldendienste eingestellt und erwägt z.Z. aus dem Internationalen Währungsfonds auszutreten, weil es nicht mehr über die Mindestdevisenreserven verfügt. Die USA unterstützen ihre politischen Aktionen dadurch, daß sie sämtliche Kredite gestoppt haben: Somoza muß weg, der Somozismo soll leben! Die Gelder werden sicher wieder fließen, wenn der Coup "Schachmatt" gelungen sein sollte.

Das zu verhindern ist im Augenblick die Hauptaufgabe der FSLN. Die Europa-Vertretung bittet deshalb alle Gruppen und Infos, eine Art Denunziationskampagne gegen die Operation Schachmatt zu starten. Nähere Informationen dazu bei euren örtlichen Nicaragua - Initiativen oder beim:

Informationsbüro Nicaragua, c/o Angelica Pappe, Ravensburger Str. 149, 5600 Wuppertal 1

DER SLUMLORD VON SAN FRANCISCO

SAN FRANCISCO
26. März '79

Aus „Tenants Times", Newsletter of the San Francisco Tenants Union (Mietervereinigung), Jahrgang 1 Nr. 1/1979 ein Artikel „Guenther Kaussen: Der internationale Slumlord dringt in San Francisco ein".

Der westdeutsche Spekulant Guenther Kaussen ist verantwortlich für die Leiden vieler Leute. Kaussen hat sich weltweit über 100 000 Wohnungen zusammengesammelt, indem er billige Häuser in Armen- und Arbeitervierteln aufgekauft hat. Seit er 1976 mit seinen Geschäften hier begann, besitzt er in San Francisco mindestens 29 Häuser (einige sprechen von fast 40).

Neben schlechten Sicherheitsvorkehrungen, mangelnder Unterhaltung und fehlenden Reparaturen sind vor allem ständige Mieterhöhungen typisch für Kaussen's Häuser überall auf der Welt. Aber trotz seines Reichtums und seiner Macht gerät dieser deutsche Häuser-Gigant seit einiger Zeit in Schwierigkeiten. In Westdeutschland laufen 554 Anzeigen wegen betrügerischer Geschäftspraktiken gegen ihn. Neben diesen legalen Schwierigkeiten hat sich Kaussen den mehr direkten Zorn seiner Mieter zugezogen: Einmal wurde er von zwei türkischen Mietern eines westdeutschen Slums verprügelt, ein anderes Mal wurden bei ihm Bomben von zwei revolutionären deutschen Gruppen gelegt, unter ihnen die berühmt gewordene RAF (Rote Armee Fraktion).

Direkt hier in San Francisco hat die 'San Francisco Tenants Union' mit Mietern von neun verschiedenen Kaussen-Häusern Kontakt aufgenommen. Dabei geht es vor allem um Mieterhöhungen, mangelnde Unterhaltung und Drohungen von Seiten der Verwaltung. Mieter des Hauses in der Leavenworthstreet 805 haben letzten Sommer einen erfolgreichen Mietstreik durchgeführt, nachdem sie mit der dritten Mieterhöhung in eineinhalb Jahren konfrontiert wurden. Und dies, obwohl Kaussen durch ein neues Gesetz* einen unerwarteten Steuernachlass von 24.000 Dollar erhalten hatte.

*Dieses Gesetz, das 1978 durch Volksentscheid angenommen wurde, begrenzt die Grundbesitzsteuer nach oben.

Seit dem 1. März 1979 sind die Mieter in den Central Towers im Mietstreik, angesichts der dritten Mieterhöhung in nur zehn Monaten! Die Central Towers umfassen zwei Gebäude, jedes mit 14 Stockwerken mit zusammen 334 Wohnungen. Bei den mangelnden Sicherheitsvorkehrungen und der mangelnden Unterhaltung der Häuser und den fehlenden Reparaturen sind die verschiedenen Mietergruppen nicht länger bereit, Kaussen's Taschen zu stopfen, insbesondere angesichts einer Steuerermäßigung von 42.000 Dollar nach dem oben erwähnten neuen Gesetz.

Immer mehr Mieter in der ganzen Stadt rebellieren gegen ihre profithungrigen Hausbesitzer, indem sie sich zusammenschliessen, um ein Gegengewicht gegen jene zu bilden. Guenther Kaussen ist ein besonders widerliches Beispiel dafür, was passiert, wenn ein lebensnotwendiges, menschliches Bedürfnis wie Wohnen zu profittreibender Geschäftemacherei benutzt wird.

KONFERENZ ZU POLITISCHEN GEFANGENEN IN EUROPA

DUBLIN 7. April Am 21./22. April findet in Dublin eine Konferenz zu „Europäische politische Gefangene" statt, die von Provisional Sinn Fein organisiert wird und Teil des Aktionsprogrammes ist, das von mehr als 20 europäischen radikalen, linken, revolutionären Gruppen gegen die Europawahlen im besonderen und ein Europa der Bosse und Bullen initiiert wurde. Delegierte aus der Bretagne und dem Baskenland werden bei der Konferenz teilnehmen, eingeladen sind aber auch Genossen aus anderen europäischen Ländern.

Wer genaueres und Details darüber haben möchte, wende sich an **Sinn Fein Foreign Affairs Bureau, Tel. Dublin 747611 oder anPour le Socialisme 22, Rue de la Concorde, 1050 Brüssel, Belgien, Tel. 5135787 oder 5135900.**

PARIS: HEIDE KEMPE-BÖTTCHERS - AFFAIRE

Am 21. 3. fühlte sich Heidi so schlecht, daß sie ärztliche Hilfe braucht. Daraufhin ruft ihr Freund den ‚polizeilichen Notruf Paris" an. Dieser sollte eigentlich Heidi helfen. Zwar kommt er auch, liefert Heidi aber erst vier Stunden später in ein Krankenhaus ein. Bei ihrer Ankunft im Hospital ist Heidi mißhandelt und weist Verletzungen, u. a. besonders schwere Brandwunden an den Oberschenkeln auf.. Diese kann sie nur in der mit der Polizei verbrachten Zeit erhalten haben. Selber hat sie keine Erinnerung mehr für diesen Zeitraum.
Das ist im Kurzen die Vorgeschichte. (Siehe auch ID 226)
Inzwischen wurden verschiedene Initiativen ergriffen, um diesen Übergriff der Polizei, einen von vielen, einer Klärung zuzuführen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu führen. Unter anderem wurde ein offener Brief verfaßt von Simone de Beauvoir etc., der auf die miesen Machenschaften von Polizei und Justiz hinweist. Auch wird hierüber demnächst vom Solidaritätskollektiv auf französisch eine Broschüre erscheinen. Zu erhalten ist sie durch:
Heidi Solidaritätskomitee c/o Hilke Boettcher, Bahrenfelder Chaussee 29, 2 Hamburg 50

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 277 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.

4400 E 281 !?! 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung 'iebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

MEDIEN

KNAST

KURZE

AKW's

INTERNATIONALES

MIT BERTOLT BRECHT NACH BONN GEGEN CARSTENS

MÜNCHEN April '79 Demokratische Kulturschaffende fordern dazu auf, dem „Zerrbild der Demokratie", das uns am 23. Mai in Bonn durch die Verknüpfung der Wahl eines ‚Mitläufers' zum Bundespräsidenten und der Feier des 30. Jahrestages der Gründung der BRD entsprechend pomphaft vorgeführt wird – den Spiegel vorzuhalten, in dem wir jenen ‚pomphaften und zerlumpten', ‚anachronistischen Zug' von B. Brecht in diese Stadt führen, lebendig und leibhaftig unter der Losung „Freiheit und Democracy".

Vorschläge und Anregungen erwünscht; Mitte oder Ende April soll ein Arbeitstreffen stattfinden.

Kontakt: Angela Kammrad, Tulbeckstr. 4 Rgb., 8000 München 2.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Karl F. Kassel

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**